

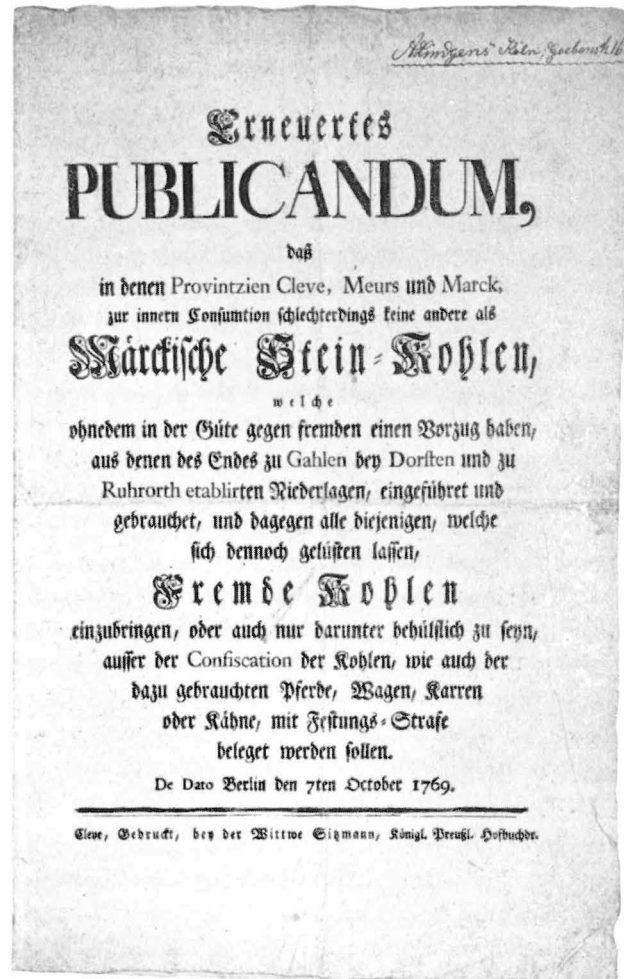
Drastische Maßnahmen zur Einführung des Steinkohlenbrandes

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts war unter einer schwachen Bergverwaltung auf den Gruben erneut Unordnung eingerissen. Um ihr endgültig zu steuern, bereiste der Geheime Finanzrat und spätere Etatsminister von Hagen im Auftrage des Königs von Preußen die Bergwerke der Mark. Er fand die meisten Zechen ungenügend ausgerüstet und von unerfahrenen Schichtmeistern geleitet. An vielen Stellen lagen große Mengen Kohlen auf den Halden, verwitterten und zerfielen allmählich zu Staub. Die Ausbeute, auch die der guten Gruben, war gering. Die Gewerken hatten daher keine Möglichkeit, aus eigenen Mitteln neue Stollen und leistungsfähige Schächte anzulegen. Man begnügte sich damit, die Kohlen in den obersten Teufen abzubauen, wie es schon die Väter und Großväter getan, und ließ die besten in der Tiefe anstehen.

Der in der sparsamen preußischen Verwaltung geschulte Finanzmann stellte ganz nüchtern fest, daß die Zechen zu zahlreich und die Kohlen zu billig seien. Um die Zahl der Bergwerke einzuschränken, schlug er vor, Neubelehnungen von der Genehmigung durch die Kammer abhängig zu machen. Dadurch sollte die Produktion auf ein der Marktlage angemessenes Maß eingeschränkt werden. Darüber hinaus erwog von Hagen aber auch alle Möglichkeiten, den Absatz zu steigern und eine gleichmäßige Beschäftigung der Gruben zu gewährleisten. Es galt, der Steinkohle neue Absatzgebiete zu erschließen. Die stärksten Hindernisse dabei waren die politische Zersplitterung des Ruhrlandes und die schlechten Verkehrsverhältnisse. Von Hagen lenkte sein Augenmerk vor allem auf Ziegeleien, Kalköfen, Brauereien, Brennereien und Pottöfen (Steingutfabriken), deren Holz- und Kohlenbedarf besonders hoch war. Der größte Holzverbraucher der Mark, die königliche Saline in Unna, hatte den Betrieb schon seit einem Jahrhundert teilweise auf Steinkohle umgestellt. Von Hagen ließ sich von den Landräten über Versuche und Erfahrungen mit Steinkohlenbrand auf den verschiedensten Gebieten der Wirtschaft berichten und auch über die Möglichkeiten, den Verbrauch noch weiter zu steigern.

Vier Wege wurden dabei erwogen: 1. Steigerung des Inlandverbrauchs durch künstliche Verknappung des bis dahin verwendeten Brennholzes und der Holzkohle; 2. vollständiges Verbot des Holzbrandes und zwangsweise Einführung der Steinkohle für die gewerblichen Betriebe; 3. Belebung des Absatzes durch verstärkte Werbung und 4. Hebung der Ausfuhr ins benachbarte Ausland.

Einen Rückgang des Brennholzanfalls erwartete von Hagen durch die Auflösung der Marken, aus denen bis dahin fast die gesamte Bevölkerung ihren Holzbedarf deckte. Seine Erwartungen erfüllten sich aber auf andere Weise als er erhoffte. Die neuen Besitzer zogen nämlich die ihnen zufallenden Teile der Mark nicht zur Nutzholzgewinnung



heran — wie man angenommen hatte —, sondern holzten die Bestände zum größten Teil ab.

Im Ruhrgebiet, vor allem im Bergwerksgebiet selbst, konnte man kurzerhand befehlen, an Stelle von Holz jetzt nur noch Steinkohle zu brennen. Eine Umfrage ergab, daß diese Umstellung in vielen Betrieben schon weitgehend durchgeführt worden war und die Kohle sich bewährte. Es war also leicht, auch bei dem konservativen Teil der Staatsbürger, die davon noch nichts wissen wollten, die Umstellung durchzusetzen. Anders war es beim Hausgebrauch. Man kann sich vorstellen, daß bei den offenen Feuern jener Zeit der Steinkohlenbrand keine reine Freude bereitete. Die Frauen sträubten sich dagegen, weil sie glaubten, die Speisen würden den „Kohlendampf und -geruch“ annehmen. Auch gegen die Verwendung der Kohle zur „Räucherung der ein und außerhalb des Landes häufig verkaufft werdenden Schinken“ wurden viele Einwände erhoben. Andere wiesen darauf hin, daß bei Einführung des Steinkohlenbrandes die für die Bleicherei unentbehrliche Holzasche entfiel. Auf Grund der zahlreichen Bedenken schlug von Hagen dem König vor, von Zwangsmaßnahmen zur Einführung des Steinkohlenbrandes im Haushalt zunächst abzusehen.

Schwieriger als in der Nähe der Gruben war es, den Kohlenabsatz in den entlegeneren Gebieten durchzusetzen, zu denen unter den damaligen Verkehrsbedingungen schon Soest, Hamm und Lünen gehörten. Dort war das Holz noch billiger zu beschaffen als die Steinkohle. (Von Lünen aus wurde die anfallende Holzasche überdies für schweres Geld nach Holland verkauft.) Es konnte also nur eine verstärkte Aufklärung über den Nutzen der Neuerung und eine Verbilligung des Transportes durch Verbesserung der Zufuhrwege zum Ziele führen.

Besonders aufschlußreich sind die Überlegungen, die zur Hebung des Exports angestellt wurden, mußten dabei doch manche außenpolitischen Probleme beachtet werden. Eine größere Ausfuhr war vor der Schiffbarmachung der Ruhr nur in die Grafschaft Dortmund möglich. Sie lag nicht nur nahe bei den Kohlenbergen, sondern war dazu noch an drei Seiten von märkischem Gebiet umschlossen, also auf eine Versorgung aus der Mark angewiesen. Bisher hatte sie ihren Brennholzbedarf fast völlig aus den Hörder Waldungen gedeckt. Man brauchte also den Dortmunder Bürgern nur diese Holzeinfuhr zu sperren, um sie zu verstärktem Steinkohlenbrand zu zwingen. Wer erinnert sich bei diesen Überlegungen nicht der Ereignisse, die sich 400 Jahre vorher während der Dortmunder Fehde abspielten? Damals waren die Dortmunder auf Steinkohle so erpicht, daß sie bei einem Ausfall Kopf und Kragen wagten, um ein paar Scheffel märkischer Steinkohlen zu gewinnen, die ihnen jetzt unter wirtschaftlichem Druck aufgenötigt werden sollten.

Ein Grund war, wie immer in der Politik, schnell gefunden. Dem König wurde gemeldet, daß durch den Verkauf des Holzes aus dem Amt Hörde nach der Grafschaft Dortmund die „diesseitigen Marken zu sehr angegriffen und vor-gestelltermaßen ruiniert werden“. Wenn keine Verträge entgegenstünden, sei daher die Holzausfuhr einzustellen. Von Hagen dachte aber keineswegs daran, den Export um

jeden Preis zu steigern. Zu einem Vorschlag des Landrats Grüter, die Kohlenausfuhr auch nach Werl und dessen Saline zu fördern, nahm er wie folgt Stellung: „Hierzu stehet aber nicht anzurathen, als bekannt ist, daß die Werleschen Saltz Kothen mit schweren Kosten ihre Siederey mit Holtz verrichten müssen, und daher gegen die Unnaische Coctur, die in dem Vorzug des besten und ungleich wohlfeilern Kohlen Brandes auch dem Vortheile des geringeren Fuhrlohns stehet und denen auswärtigen so gutes Saltz liefert, nicht marckten und Preis halten kann.“

Der König erließ daraufhin eine Verordnung, durch die entlegeneren Orten oder solchen, die selbst über Wald verfügten, die Wahl des Brennstoffs freigestellt wurde. „Jedoch“, so hieß es weiter, „müssen die Land- und Steuer-Räthe mit denen Magistraten dahin bemüht sein, daß der Stein Kohlenbrand immer mehr und mehr exendiret werde, daneben die Unterthanen, daß sie successive die Pott-Ofen nebst den Brau-Kesseln und Brandwein-Blasen dazu einrichten lassen, animiret und denenselben bekant zu machen wissen wollen, daß wenn sie sich desfalls widerspenstig finden lassen solten, wir dieselben dazu mit Nachdruck anhalten lassen würden. Und da durch den... gemeldeten Verkauf des Holzes aus dem Amt Hoerde nach der Grafschaft Dortmund diesseitige Marken gar zu sehr angegriffen und einberichtetermaßen ruiniert worden, so muß von euch gutachtlich besonders angezeigt und gemeldet werden, ob nicht wegen eines zu veranlassenden Verbots wegen der Ausführe des Holzes etwanige Verträge mit Dortmund entgegenstehen.“

Wie die Prüfung ausgefallen ist und ob Dortmund weiterhin Märker Holz oder Märker Steinkohle gebrannt hat, ist nicht bekannt. Sicher sind aber die Anregungen v. Hagens nicht wirkungslos geblieben, wie die seit jener Zeit zwar langsam, aber stetig einsetzende Steigerung des Kohlenverbrauchs beweist.



„Aussicht von einer Höhe bey Herbede an der Ruhr nach dem Hause Hardenstein und der Herrlichkeit Witten“. Rechts sind deutlich zwei Stollenmundlöcher und am Ufer gelagerte Kohlen zu erkennen. Nach einer Zeichnung von I. C. Huber.